Abonnement vierteljährlich M. 2,50, durch die Post M. 2,75. — Inserate nehmen entgegen: 12 bis Nachmittags 2 Uhr, Sonntags bis 10 Uhr. In Neustadt: die Expedition 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr. Redakt. Die 1spaltige Petitzeile (ca. 8 Silben) 15 Pfg. Unter Eingesandt Zeile 30 Pfg. Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben. Auswärtige Inseraten-Aufträge gegen Pränumerandozahlung durch Briefmarken oder Nachnahme 8 Silben 15 Pfg. Inserate für Montag oder nach Festtagen Petitzeile 20 Pfg. Inserate nehmen an: Annoncen-Bureau von Haasenstein u. Vogler, Rud. Mosse, Daube & Co., Jesselsdank, G. Müller-Berlin, M. Sieh-Magdeburg, G. Barck-Halle, R. Arndt-Berlin W., R. Sorter-Hamburg, Wahrt-Leipzig. Für Rückgabe einzel. Manuskripte keine Verbindlichkeit.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Grosse Auswahl **Nouveautées** in **Papier-Confection** elegante Packungen, **Briefbogen mit Couverts,** Billet de Correspondence u. s. w. Ausführliche illustrirte Preislisten werden gratis abgegeben u. nach auswärts franco versandt. **J. Bargou Söhne,** Dresden, Wilsdrufferstr. 21b. u. Sophienstr. 6 am Postpl.

Wer einen modernen Regenmantel braucht, bemühe sich in das, als reell weit und breit, bekannte **Specialgeschäft** für **Damen- und Kindermäntel** von **Richard Ulbricht,** Neustadt, **Heinrichstrasse 14,** am Kaiser-Wilhelmplatz.

Cl. Zschäckel's Restaurant Hotel Amalienhof. Spezialität: Augsburger Kronen-Bräu, **Perle Bayerns. Alleiniger Ausschank.**

Erste und grösste **Masken- u. Theatergarderobe** **Dominos** in vorzüglicher Auswahl für Herren und Damen **Max Jacobi,** 2 Galeriestrasse 2, part. und erste Etage. Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt.

Adolf Helm liefert die feinsten Oberhemden, Kragen und Manschetten. **Webergasse 32.**

Nr. 49. 30. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. | Aussichten für den 18. Februar: Frischer Westwind. Veränderliche Bewölkung. Etwas Niederschläge. Etwas kälter. | Dresden, 1885. **Mittwoch, 18. Febr.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

An der Abstimmung über die Getreidezölle, wie sie am Montage endlich erfolgt ist, interessiren vor Allem die Ziffernverhältnisse. 11 Stimmen Mehrheit für die erhöhten Roggenzölle, 116 Stimmen Mehrheit für die erhöhten Weizenzölle. Die erstere Mehrheit wäre sicher größer gewesen und hätte sich der Weizenzoll-Mehrheit genähert, wenn der Kornzoll nicht blos verdoppelt, sondern verdreifacht worden wäre. So stimmte u. A. auch Windthorst gegen die Kornzoll-Erhöhung, nicht als solche, aber gegen die Verdreifachung. Korn und Weizen sind damit an Eingangszoll gleichgestellt. Der Abstimmung ging noch eine ungemein erregte Debatte voraus. Die Freihändler, namentlich Herr Rickert, bedienten sich des bekannten demagogischen Kunstgriffes, daß der Getreidezoll das Brod vertheuere; er nannte den Kornzoll einen Brodzoll und hetzte nach Kräften die Industriearbeiter gegen die Landwirthschaft auf, indem er willkürlich einen Unterschied zwischen den Interessen herausfand, welche Groß- und Kleingrundbesitzer an den Getreidezöllen haben. Dies führte unsomehr den Fürsten Bismarck abermals auf die Tribüne, als nicht einmal der sozialdemokratische Redner Wiemer sich in so aufreizenden Redensarten ergangen hatte, wie der deutschfreisinnige Rickert. Der Reichskanzler fragte die Freihändler aufs Gewissen, ob sie auch wohl bedächten, was sie damit thäten, daß sie Millionen besitzloser Arbeiter, die in einer noch schwierigeren Lage sind als der Bauer, gegen die Regierung aufhetzten? Das sei eine Saat, die sie nicht mehr beherrschen könnten. Wenn sie willkürlich aus der Masse der Landwirthe die Gestalten der Großgrundbesitzer herausschnitten und sie in Gegensatz zu den Interessen der Kleinbauern brächten, so frage er, Bismarck, ob man nicht auch, und mit viel größerem Rechte, die reichen Korn- und Holzhändler als solche hinstellen könne, die gegen die landwirthschaftlichen Schutzzölle seien, weil ihre Handelsgewinnste darunter litten? Zum Schlusse seiner Rede nahm Bismarck die Freihändler wegen ihrer Aufhetzung der ärmeren Volksklassen nochmals scharf aufs Korn. Er gab ihnen zu verstehen, daß sie nur als Schauspieler die Entrüsteten spielten, es aber im Grunde ihres Herzens ganz gerne sähen, wenn unter den Arbeitern Mißstimmung und Unruhen entständen, die sie dann dem neuen Zollgesetze zuschreiben könnten. Ein Arbeiterkrawall wegen Brodvertheuerung, ein kleines Revolutiönchen wäre den Kornhändlern recht erwünscht. Auf diese Provocation erfolgte natürlich seitens der Deutschfreisinnigen anhaltendes Zischen, zorngerötheten Antlitzes erhob sich Eugen Richter, um mit dem ihm so schön anstehenden Brustton sittlicher Empörung diese Unterstellung weit von sich zu weisen. Er rief dem Reichskanzler zu, daß Niemand den Anderen hinter dem Busche suche, wenn er nicht selbst dahinter gesteckt. Unter der Aufregung dieser Ausfälle ging die Abstimmung denn vor sich.

Für Oesterreich ist es ein wirklich tiefergreifendes Ereigniß, daß die bisherige Mehrheit im Abgeordnetenhause, mit welcher das Ministerium Graf Taaffe bisher regierte, gesprengt ist. 5 Jahre lang hat das Bündniß zwischen Polen, Czechen und Klerikalen seine Schuldigkeit gethan, da alle Theile das Prinzip der Gegenseitigkeit, auf welcher das Bündniß beruhte, sorgfältig inne hielten und jede Concession an die eine Fraktion mittelst Concessionen an die beiden anderen bezahlt wurde. Das Tauschgeschäft ging stets auf Kosten der Deutschen Oesterreichs. Graf Taaffe war dabei der Mehrheit absolut sicher. Warum aber diese parlamentarische Idylle gerade jetzt ein so jähes Ende fand? Weil die klerikalen bäuerlichen Abgeordneten Furcht vor den Neuwahlen haben und weil sie zur Erkenntniß gelangt sind, daß sie nur noch von einer raschen Loslösung von dem „eisernen Ringe" der Rechten einiges Heil erwarten dürfen. Es war aber auch viel zu viel, was ihnen zugemuthet wurde. Ungefähr zwei Millionen Gulden beträgt die Erhöhung der Bezüge des niederen katholischen Seelsorgeklerus, welche das Abgeordnetenhaus kürzlich votirte, dafür sollten die bäuerlichen Vertreter der Novelle zum neuen Stempelgesetz zustimmen, welche eine die städtische und die Landbevölkerung gleichmäßig treffende Mehrbelastung um 4 Millionen bedeutet. Sie sollten überdies noch die Vorlage über die Regulirung der Flüsse in Galizien annehmen, welche einen Kostenaufwand von nicht weniger als fünfzehn Millionen erfordern würde, während für die Verbesserung der Flußläufe in den deutschen Alpenländern nichts abfiel. Diese Zumuthung, knapp vor der demnächstigen Auflösung des Reichsraths und vor den Neuwahlen gestellt, mußte die Geduld der Klerikalen aus den deutschen Alpenländern, die für Czechen und Polen bereits so viel gethan und dafür bisher nur eine Abkürzung der achtjährigen Schulpflicht als Gegenleistung empfangen hatten, endlich erschöpfen. Wiederholt geberdeten sich in letzter Zeit die Klerikalen unbotmäßig, trotzdem Graf Hohenwart und die Fürsten Alois und Alfred Liechtenstein alles aufboten, um sie wie bisher im stummen Gehorsam zu erhalten. Die Berathung über das Stempelgesetz brachte die Meuterei zum offenen Ausbruche. Die Regierung wird froh sein müssen, vor dem Ende des Reichsraths noch das Budget bewilligt zu erhalten, während alle anderen Vorlagen, wie das Sozialistengesetz, die Arbeiterschutzgesetze, die Regulirung der galizischen Flüsse und das gehässige Abkommen mit der Nordbahn unerledigt bleiben. Betreffs des Letzteren ist das ein Glück zu nennen. Rothschild wird freilich jammern, denn ein künftiger Reichsrath wird seiner Ausbeutung des Landes ein Ziel setzen und die Nordbahn verstaatlichen.

Die irischen Dynamitmänner in den Vereinigten Staaten gehen immer frecher vor. Haben sie doch die Gemeinheit begangen, auf das Haupt des Prinzen von Wales einen Preis zu setzen! Was soll noch Aergeres kommen? Die nordamerikanische Republik entehrt sich selbst, wenn sie solche Schändlichkeiten mit ihrem ruhmvollen Sternenbanner deckt. An der Fortdauer dieser Schmach sind vorzugsweise die Republikaner Schuld. Eines der geachtetsten Blätter New-Yorks, die „Evening-Post", weist einen direkten Zusammenhang zwischen dem (durchgefallenen) Präsidentschaftskandidaten der Republikaner Blaine, der aber immer noch das Haupt einer mächtigen Partei ist, und den irischen Mordbureaus auf, der in seiner Schamlosigkeit überraschen muß. Der Antrag des republ. Senator Edmunds betreffs des Dynamits, meint die „Evening-Post", habe gar keinen Zweck: derselbe wendet sich gegen die Anfertigung von Dynamit, die auch in England besorgt werden kann; die Maschinerie der Verschwörung, die in den Vereinigten Staaten arbeitet, wird dadurch nicht berührt. In den Vereinigten Staaten giebt es irische Blätter, die ganz oder größtentheils nur die Aufgabe verfolgen, die Rechtmäßigkeit aller Mittel zu predigen, um Engländer zu verletzen. Diese Blätter sammeln unausgesetzt und öffentlich Gelder, um Leben und Eigenthum in England und Irland anzugreifen, um die Entweichung von Dynamitmännern und Mördern zu sichern. Sie preisen die Mörder in den höchsten Ausdrücken und stellen sie als Beispiele dar; über Verbrechen, wie die jüngst in London vollbrachten, ergehen sie sich in frenetischem Jubel. Auch wenn Jemand sich rühmt, an einem solchen Verbrechen theilgenommen zu haben, wird das in großen Lettern mitgetheilt. Diese Zeitungen sind in Zehntausenden von Exemplaren verbreitet. Solche Veröffentlichungen waren niemals vorher bei irgend einer civilisirten Nation erlaubt. Ein unausterbrochener Strom politischen und moralischen Giftes ergießt sich aus ihnen auf den armen und unwissenden Theil der irischen Bevölkerung, abgehärtete Bösewichter werden damit in den Stand gesetzt, große Geldsummen aus ihr zu ziehen, von denen nach aller Wahrscheinlichkeit nicht über die Hälfte für die Zwecke verwandt wird, zu denen das Geld gesammelt ist; der Rest wird gestohlen oder verpraßt. Die Thatsache, daß die Gerichte hiergegen absolut nicht einschreiten, bringt auf die Leser der Blätter den Eindruck hervor, daß das amerikanische Publikum entweder gegen den grausenhaften Inhalt derselben gleichgiltig ist oder gar mit ihm sympathisirt. Dieser Eindruck wird noch verstärkt durch Vorgänge wie der erfolgreiche Versuch, die amerikanische Regierung zur Intervention bezüglich des Mordes O'Donnel zu bringen und durch die offene Verbrüderung der während der letzten Präsidentschaftswahl herrschenden Partei mit den leitenden Dynamitmännern. Diese Scheusale waren thätige und willkommene Unterstützer von Blaine und wurden unter dem Namen „irische Independenten" durch seine Blätter mit großem Respekt behandelt. Die schändlichsten dieser verworfenen Blätter im Staate New-York erhielten aus dem republikanischen Wahlfonds starke Unterstützungen. Eine Unterredung mit Herrn Blaine, über welche die „Tribüne" alsbald nach den Wahlen berichtete, enthält folgende bezeichnende Stellen: „Ich frug Herrn Blaine, ob er glaube, daß das irisch-amerikanische Votum organisirt sei und kompetente Leiter habe. Ja, sagte er, ich war tief berührt durch den Ernst, die Geschicklichkeit und Aufrichtigkeit Derer, mit denen ich zusammenkam. Das ist zum Beispiel Patrik Ford von der „Irish World". Er ist ein Mann von selbstloser Hingabe, großem Organisationstalent, geschickt und energisch. . . . Auch die „Irish Nation", herausgegeben von John Devoy, gab uns kräftige und werthvolle Unterstützung."

Patrik Ford ist seit Jahren ein Hauptsammler des Mordfonds in seinem Blatte und John Devoy steht ihm beinah gleich. Ford gab vor einigen Tagen vor Gericht zu, daß er einen Dispositionsfonds von 40,000 Dollars besitzt und er macht kein Geheimniß aus dem Objekt. So lange solchen Männern gestattet ist öffentlich Geld zu verbrecherischen Zwecken zu sammeln, Mord und Explosion zu predigen und die Selbstverherrlichungen der Mordgesellen zu veröffentlichen, werden die Irländer der Meinung sein, daß das amerikanische Publikum jene Vorgänge billigt. Diejenigen, welche glauben, daß Amerika durch die Thatsache geschändet wird, indem es die Freistatt zur Vorbereitung von Verbrechen abgiebt, mögen sich vergegenwärtigen, daß nicht die Sendungen von Dynamit das Gefährliche sind, sondern die Sammlung von Geldern zur Bezahlung der Verbrechen. Soweit die in hohem Grade zuverlässige „Evening-Post". Was bezüglich der irischen Dynamitmänner gesagt ist, trifft auch in hohem Grade für die Anarchistenpresse zu, mittelst deren z. B. Johannes Most zum Mord unablässig aufstachelt. Mit Recht hat das New-Yorker Blatt hervorgehoben, daß diese Dinge in civilisirten Staaten geradezu unerhört sind.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 17. Febr.

Berlin. Der Reichstag berieth den vom Abg. v. Kardorff eingebrachten Entwurf eines Sperrgesetzes. Abg. Struckmann (nat.-lib.) erklärt, daß auch die Gegner der Zollerhöhungen dem Sperrgesetz einstimmig zustimmen würden. Er wünscht, daß vor dem 1. Februar festbestellte Waaren bis zum 1. Oktober zu dem bisherigen Zollsatze eingehen dürfen und stellt einen bezüglichen Antrag. Minister Scholz bittet das Gesetz nicht auf weitere Produkte auszudehnen. Ohne das Sperrgesetz würden dem Reichsfiskus 7—8 Mill. verloren gehen. Eine besondere Berücksichtigung solcher Verträge, die im guten Glauben von den Kontrahenten vor Inkrafttreten des Zolles geschlossen, können praktisch nur in Frage kommen. Die Geschäftsleute richteten sich gewöhnlich auf alle Eventualitäten ein. Abg. Klemm wünscht die Vorlegung eines Gesetzentwurfes, welcher den Kommunen die Forterhebung von indirekten Abgaben gewährleistet. Abg. Richter wünscht, daß das legitime Geschäft, welches von Einbringung des Zolles bis vor Kurzem nichts habe wissen können, gebührend berücksichtigt werde. Ueber das Sperrgesetz könne man sich überhaupt erst schlüssig machen, wenn die ganze Zolltarifnovelle die zweite Lesung passirt habe. Abg. Windthorst will auch der Spekulation vorbeugen, verlangt aber, daß die Gegenstände, welche auf Grund der vor 1. Februar abgeschlossenen Verträge geliefert werden, der Sperre nicht unterliegen. Minister Scholz ist gegen den Antrag Windthorst, Abg. Brömel dafür. Graf Stollberg-Wernigerode behält sich vor, in 3. Lesung dafür zu stimmen, nachdem der Antrag vorher in eine annehmbare Form gebracht. Der Antrag des Abg. Richter, die zweite Berathung des Sperrgesetzes von der Tagesordnung abzusetzen, wird abgelehnt, um sofort in die zweite Berathung zu treten. Auf Antrag des Abg. Frege wird beschlossen, von vor dem 15. Jan. festbestellten Waaren für die Dauer des Sperrgesetzes nur den bisherigen niedrigeren Zoll zu erheben. Auf Antrag des Abg. v. Wöllwarth und v. Ow wird die Ausdehnung der Sperre auf Kraftmehl, Puder, sowie Oel in Fässern ausgedehnt. Bei § 4 weist Abg. Richter darauf hin, daß damit auch die Bestimmung aufgehoben wird, wonach die Kommunen auch keine höhere Abgabe von diesen Artikeln erheben dürfen. Abg. Hartwig hält das für keinen Fehler. Die Kommunen würden es gar nicht ungern sehen, wenn ihnen das Recht wiedergegeben würde. Für seinen Wahlkreis könne er dies positiv versichern. Abg. Richter bestreitet dies, das würde Sachsen zu einem sozialdemokratischen Musterstaat insofern machen, als für die Fortdauer nur sozialdemokratische Abgeordnete dort gewählt würden. Abg. Bebel pflichtet zwar Richter nicht bei, bestreitet aber Hartwig das Recht, im Namen der Dresdner Bevölkerung zu sprechen. Abg. v. Fischer will den Gemeinden überlassen, wie sie sich mit den Kommunalabgaben auf Lebensmittel abfinden wollen. In Bayern habe dies zu keinen Schwierigkeiten geführt. Abg. Richter behält sich vor, auf diesen Punkt bei der Tarifnovelle zurückzukommen. Hartwig habe 1877 für Bebel gestimmt. Hartwig erklärt diese Behauptung für eben so unwahr wie die neuliche Behauptung betreffs des Exportes von Buntpapier. Die Abg. Singer und Grillenberger erklären sich gleichfalls gegen Kommunalabgaben auf Lebensmittel. Abg. Richter erklärt, daß ihm die Mittheilung über die Hartwig'sche Abstimmung von Bebel gemacht worden. § 4 wird angenommen, wonach die ganze Vorlage angenommen ist. Die Berathung der Tarifnovelle wird fortgesetzt, doch kommt es zu keiner Beschlußfassung. Der Reichskanzler wohnte eine Zeit lang der Sitzung bei, ohne das Wort zu ergreifen. Die Arbeiterschutzkommission beschloß zu § 105a der Gewerbeordnung die Bestimmung, wonach die Sonntagsarbeit für Gehilfen und Lehrlinge in Handelsgeschäften nur eine 5stündige sein darf.

Berlin. Die Reichstagskommission für das Postsparkassengesetz hat soeben die Vorlage in zweiter Lesung abgelehnt und eine Resolution angenommen, welche darauf hinausgeht, daß die Postanstalten als Annahmestellen für die bestehenden Sparkassen fungiren sollen.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus setzte die Berathung des Eisenbahnetats fort.

Frankfurt a. M., 17. Februar. Credit 255½. Staatsbahn 253½. Lombarden 117½. 60er Loose —. Oesterr. Silberrente —. Papierrente —. Galizier —. Oesterr. Goldrente —. 6% Ung. Goldrente 81,45. 77er Russen —. 80er Russen —. 2. Orientanleihe —. Neueste Unger. Goldanl. —. 3. Orientanleihe —. Ungar. Papierr. —. Disconto 20½. Egypter 68,62. Gotth.-B. —. Serben —. Fest.

Wien, 17. Februar. Credit 304,20. Staatsbahn 346,00. Lombarden 135,00. Nordwestb. 176,50. Marknoten 60,52½. Ung. Credit 314,75. Elbethal —. Fest.

Paris, 17. Februar. Schluß. Rente 81,35. Anleihe 109,72. Italiener 97,70. Staatsbahn 627,50. Lombarden 310,00. Do. Prioritäten —. Egypter 346,60. Türk. Goldrente —. Spanier 61½. Ottomanen 601,00. Fest.

London, 17. Februar, Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 99,09. Italiener 96,91. Türken 17,18. Ungarn 79,87. Ottomanbank —. Spanier 61,43. Egypter 67,37. Russen 96,43. Lombarden 12,12. Mexikaner —. Erie 12,87, zweite Erie 56,00. Lake shore 65,25. Central pacific 31. Newyork Centrale —. Tendenz: Fremde Werthe ruhig. Amerikanische fest.

Stettin, 17. Februar, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Weizen unverändert, loco 154—165, pr. April-Mai 168,00, pr. Mai-Juni 170,50. Roggen steigend, loco 136—142, pr. April-Mai 147,50, pr. Mai-Juni 148,00. Rüböl unverändert, 100 Kg. pr. Februar 51,00, pr. April-Mai 51,50. Spiritus fester, loco 42,60, pr. April-Mai 44,30, pr. Juni-Juli 45,50. Petroleum loco 8,00.

Breslau, 17. Februar, Nachm. (Getreidemarkt.) Spiritus pr. 100 Liter 10 Proc. pr. April-Mai 43,40, pr. Juni-Juli 44,90, pr. Juli-August 45,30. Weizen pr. Februar 162,00. Roggen pr. April-Mai 145,00, pr. Mai-Juni 147,00, pr. Juni-Juli 149. Rüböl pr. Februar 52,00, pr. April-Mai 52, pr. Mai-Juni 52,50. Zink ruhig. — Wetter: Mild.

Amsterdam (Vorbörse), 17. Februar. (Schluß). Weizen per Mai 207,00. Roggen per März 155,00, per Mai 152,00, behauptet.

Lokales und Sächsisches.

— In der Sitzung des Reichstages am 13. Februar hatte auf Antrag des Abg. Richter namentliche Abstimmung darüber stattzufinden, ob die zweite Berathung der Vorlage, die Erhöhung der Getreidezölle betreffend, nach dem Vorschlage des Präsidenten bereits am Sonnabend den 14. Februar beginnen sollte. Für den Vorschlag des Präsidenten, der mit 148 gegen 129 Stimmen genehmigt wurde, erklärten sich folgende sächsische Abgeordnete: Ackermann, von Carlowitz, Gehlert, Günther, Dr. Hartmann, Hartwig, Klemm, Merbach, Reich; dagegen: Buddeberg, Eysoldt, Fährmann, Geiser, Kanser, Penzig, Stolle, Viereck, Dr. Braun. Nicht anwesend waren bei der Abstimmung die Abgg. Ebert, Holzmann, Auer, Dr. Frege, Dr. Tröndlin. — Den Antrag, daß der Zoll auf Roggen anstatt auf 2 Mark, wie die Vorlage der Regierungen es will, auf 3 Mark pro 100 Kilogramm erhöht werde, haben folgende sächsische Abgeordnete unterzeichnet: Ackermann, von Carlowitz, Gehlert, Hartwig, Klemm, Merbach, Reich. Es ist hervorzuheben, daß unter diesem Antrag die Unterschrift der Abgeordneten Günther, Dr. Frege, Ebert, Dr. Hartmann fehlt.

— Nachdem die Untersuchung über den Mord auf der Seestraße vollständig der Staatsanwaltschaft übergeben worden ist, entzieht sich der Gang derselben noch mehr als bisher der Oeffentlichkeit. Man hat sogar den als Zeugen vernommenen Personen behördlicherseits Stillschweigen über alle Vorgänge auferlegt, obgleich der gegenwärtige Fall wieder zur Genüge beweist, daß gerade durch die größtmöglichste Oeffentlichkeit die Entdeckung des Verbrechers am besten gefördert worden ist. Bei aller Sorgfalt und Energie, mit der man die umfassendsten Recherchen eingeleitet hatte, würden dieselben bisher vielleicht kaum zu einem befriedigenden Resultat geführt haben, wenn sie nicht durch die Mithilfe des Publikums unterstützt worden, wenn der Dienstmann Werner nicht durch das von den Zeitungen gebrachte Signalement auf den Fleischer Schmidt aufmerksam geworden wäre und die Polizei auf die Person desselben gelenkt hätte. Auch ein anderes, für den glücklichen Erfolg der Untersuchung hochbedeutsames Moment verdanken die Behörden der öffentlichen Behandlung des Falles durch die Presse. Wir hatten in unserem Blatte die Notiz gebracht, daß am Tage des Mordes, Vormittags 11 Uhr, in Radebeul eine Posteinzahlung von 1 M. 50 Pf. an einen gewissen Hennig, Seestraße 3, 4. Etage, aufgegeben worden sei, und hatten diesen Umstand in Beziehung zu dem Morde gebracht. Hierdurch aufmerksam gemacht, erinnert sich unser Correspondent in der Lößnitz, daß er bei Aufgabe des Geldes am Postschalter zugegen gewesen war. Er war im Stande, den Einzahler ziemlich genau zu beschreiben, und seine Angaben haben gewiß nicht wenig zu einer genauen Aufstellung des Signalements beigetragen. Ueber den Fall selbst haben wir noch in Erfahrung bringen können, daß der verhaftete Schmidt von der Frau, welche unmittelbar nach dem Morde von dem fliehenden Mörder umgestoßen wurde, als der Flüchtling wiedererkannt ist. Auch hat ein im Hause der Ermordeten im Dienste stehendes Mädchen Schmidt bestimmt recognoscirt.

— Die vorgestrige Gewerbevereinsversammlung war eine vorschriftsmäßig einberufene außerordentliche Hauptversammlung und von 300 Mitgliedern besucht. Es handelte sich nämlich um Bestätigung des vom Verein im Mai v. J. bereits gefaßten, nur nicht entsprechend aktenkundig gewordenen Beschlusses, daß das Eintrittsgeld vom Verein in Höhe von 3 bis 8 Mk. festzusetzen sei, welche Bestätigung nun erfolgte. — Vorher besprach Herr Civilingenieur Rich. Hartwig zwei Oefen, den Natronkarbonofen und einen Gasofen, welche Herrn Nieske hier patentirt sind. Wenn von dem erstgenannten Ofen nicht wie es geschieht, verlangt wird, daß er ohne Abführung der Verbrennungsgase funktionire, so ist er für besondere Fälle zu empfehlen; er muß vor Allem aber der Größe des Lokales bezüglich seiner Leistungsfähigkeit angepaßt werden. Der Gasofen verbraucht pro Stunde für 12 Pfg. Material — ist also etwas theuer. — Im Hauptvortrag sprach Herr Oberlehrer Dr. Weidenbach über die Bevölkerung Roms zur Kaiserzeit von 31 vor Chr. bis 476 nach Chr., und charakterisirte die drei Stände, in welche sich Rom theilte. Es waren dies, mit Ausnahme der Fremden, die Senatoren, Ritter und das Proletariat, die Plebs.